

Die „Union des entreprises luxembourgeoises“ stellt ihre Ansichten zur Wirtschaftsentwicklung vor

Das Luxemburger Sozialsystem benötigt Reformen

Christian Muller

Die „Union des entreprises luxembourgeoises“ zieht eine zwiespältige Bilanz der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Die öffentlichen Finanzen sähen gut aus und die Wirtschaft schaffe Arbeitsplätze. Andererseits gebe es Faktoren, die Sorge bereiten, so die Analyse der Organisation.

„Wir haben eine der europaweit höchsten Steuerraten für Unternehmensgewinne“, sagte Michel Wurth, Präsident der UEL, auf der jährlichen Pressekonferenz der UEL. Vor fünf Jahren habe Luxemburg noch gut dagestanden, heute aber nicht mehr. Die steuerlich günstigeren Länder in der EU sind heute die neuen Mitgliedstaaten wie Est-

land, Ungarn oder Zypern. An einer Reform der Unternehmensbesteuerung werde derzeit gearbeitet, so Michel Wurth. „Wir hoffen einen Durchbruch in diesem Jahr.“

Gebraucht werden viele Steuergelder, um das soziale Netz zu finanzieren. „Bei den Sozialausgaben sind wir absolute Spitze“, so Wurth. Pro Einwohner gibt das Großherzogtum mehr aus als Schweden oder Dänemark.

Die UEL sei für ein generöses Sozialsystem, ein Gießkannensystem für alle sei aber nicht notwendig. Der Dachverband der Arbeitgeber setzt sich somit für „selektive Sozialtransfers“ ein. Nur die, die Hilfe benötigen, sollten diese auch erhalten. „So kann das Land Geld sparen, und dieses in die Zukunft investieren“, sagte Michel Wurth.

Neben den übertrieben hohen Sozialausgaben sei auch die langfristige Finanzierung des Rentensystems „nicht seriös“. Von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Staat werden gemeinsam pro Arbeitnehmer 24 Prozent des Gehaltes in die Rentenkasse einbezahlt. Damit das System nachhaltig funktioniert, wären aber 40 Prozent notwendig, rechnet die UEL vor.

Keine seriöse Finanzierung

Diese Finanzierungslücke bedeute eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Also müsse gehandelt werden. „Und das besser heute als erst dann, wenn Defizite geschrieben werden“, so der Finanzexperte.

Eine weitere Sorge der UEL ist die hohe Inflationsrate. Die Teuerungsrate in Luxemburg liegt über der in den Nachbarländern. „Das bedeutet einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Konkurrenz“, so Michel Wurth über die wirtschaftlichen Konsequenzen. Um die Inflation zu bekämpfen, „müssen wir die Indexspirale brechen“. Damit die Niedrigverdiener nicht benachteiligt werden, schlägt die UEL, wie auch die Fédil, vor, dass jeder Arbeitnehmer maximal eine Indexbranche von 1,5 Mal den Mindestlohn erhalten könne. Somit würden die Gehälter der Besserverdienenden proportional weniger steigen als die der Geringverdiener.

Auch die Arbeitslosigkeit bereitet der UEL Kopfzerbrechen. „Wir schaffen neue Jobs – aber

nicht für Luxemburger Arbeitnehmer“, so der UEL-Präsident. Um diesem Trend entgegenzuwirken, setzt er auf Weiterbildung. Hier seien bereits kleine Fortschritte erzielt worden. Die Zahl der Schüler, die nach dem Studium ein Abschlussdiplom erhalten, steigt an. Doch Luxemburg liegt noch immer unter dem EU-Durchschnitt. „Wir haben die teuerste, aber nicht die beste Schule“, so Wurth.

Die UEL ist der Dachverband der Luxemburger Arbeitgeberorganisationen. Sie hat acht Mitglieder, zu denen unter anderen die Luxemburger Bankenvereinigung ABBL, die Handwerksföderation und die Business-Vereinigung Fédil zählen. Dementsprechend vertritt die UEL auf indirektem Wege etwa 24.000 große und kleine Unternehmen.